

2015-02-26

## **Pflegekammer in (Baden-)Württemberg?**

### **Die AGMAV Württemberg positioniert sich**

Die AGMAV schließt sich der Position der Gewerkschaft ver.di zum Thema Pflegekammern an:

1. Die Tarifautonomie liegt in Händen der Sozialpartner – also Gewerkschaften und Arbeitgeber – und würde durch die Einführung einer Pflegekammer nicht berührt.  
Durch die Errichtung von Kammern würde sich in den wichtigsten Fragen der Bezahlung und Arbeitsbedingungen also gar nichts bewegen.
2. Hoher Arbeitsdruck, Überstunden, Einspringen an freien Tagen, zu wenig Zeit für Patientinnen und Patienten – für gute Arbeit bedarf es vor allem mehr Personal.  
Einer Pflegekammer stehen keine anderen Instrumente zur Verfügung als heute schon den Berufsverbänden und Gewerkschaften, um auf die Politik einzuwirken. Vielmehr besteht die Gefahr, dass politisch Verantwortliche sich unter Verweis auf die scheinbare Aufwertung der Pflegeberufe durch Kammern aus ihrer Verantwortung stehlen und echte Problemlösungen weiterhin verweigern.
3. Ein „pflegerisches Disziplinarrecht“ mit Berufsgericht und Sanktionsmöglichkeit ist – angesichts der Tatsache, dass fast alle Pflegekräfte im Angestelltenverhältnis tätig sind und damit dem Arbeitsrecht unterliegen – unnötig und nichts Weiteres als eine weitere, unsinnige Bürokratisierung der Arbeit.
4. Die Übertragung hoheitlicher Aufgaben an Kammern käme einer Privatisierung bislang öffentlich wahrgenommener Aufgaben gleich, bei der die Kosten statt von der öffentlichen Hand in Zukunft von den Mitgliedern durch deren Zwangsbeiträge getragen werden müssten.
5. Eine Zwangsmitgliedschaft in Kammern wird nicht dazu führen, dass die Pflegeberufe „mit einer Stimme sprechen“. In den Kammerversammlungen wird sich die ganze Vielfalt der Verbände und Meinungen widerspiegeln, die schon heute kennzeichnend für die Pflegeberufe sind.

In regelmäßigen Abständen wurde in den letzten Jahren die Errichtung von Pflegekammern auf Ebene der Bundesländer diskutiert. Ende 2014 wurde sowohl in Rheinlandpfalz auch in Schleswig-Holstein die Errichtung einer Pflegekammer beschlossen. In anderen Bundesländern - so auch in Baden-Württemberg - finden Befragungen als Grundlage für eine Entscheidung im Land statt, weitere Infos: <http://www.aok-verlag.info/de/news/Errichtung-von-Pflegekammern-in-den-einzelnen-Bundeslaendern/28/>

Eine Pflegekammer ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft für Pflegeberufe zur eigenständigen Verwaltung ihrer berufsständigen Belange. Sie übernimmt staatliche Befugnisse und öffentliche Aufgaben. Die Mitgliedschaft der Berufsangehörigen ist vom ersten Tag der Berufsausübung zwingend. Die Kammer wird durch einen verpflichtenden Mitgliedsbeitrag finanziert. Die Hauptaufgabe einer Kammer für Pflegeberufe soll es sein, zum Wohle der Allgemeinheit die Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitlichen Nachteilen und Schäden durch unsachgemäße Pflege zu schützen.

Weitere Zuständigkeitsbereiche sind:

- Beratung des Gesetzes- und Ordnungsgebers; Beteiligung bei Gesetzgebungsverfahren; Kooperation mit der öffentlich-rechtlichen Verwaltung;
- Gutachtertätigkeit; Benennung von Sachverständigen;
- Schiedsstellentätigkeit zur Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Mitgliedern oder zwischen diesen und Dritten ergeben;
- Implementierung und Durchsetzung einer für alle Angehörigen der Pflegeberufe gültigen Berufsethik;
- Förderung, Regelung, Überwachung und Anerkennung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildungen;
- Abnahme von Prüfungen;
- Registrierung aller Angehörigen der Pflegeberufe im entsprechenden Bundesland; Vergabe von Lizenzen;
- Kooperation und Kontaktpflege mit anderen nationalen und internationalen Institutionen im Gesundheitswesen.

Die Idee ist, einen höheren Organisationsgrad des Berufsstandes zu erreichen, eine erhöhte Autonomie des Berufes herbeizuführen und die Professionalisierung des Berufsstandes zu erreichen.

Die Pflege muss aufgewertet werden, die verantwortungsvolle Tätigkeit braucht Anerkennung und Wertschätzung, Zeit zur Qualifizierung, Gesundheitsschutz und eine bessere Bezahlung.

- Wir benötigen für eine gute Pflege und bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal und gesetzliche Vorgaben zur Personalbemessung.  
Dies kann nur die Politik lösen. Eine Kammer hat hier keine Regelungskompetenz!
- Erforderlich sind verbindliche Grundlagen für bessere Arbeitsbedingungen und den Gesundheitsschutz der Pflegekräfte.  
Hier braucht es ordnungspolitische Vorgaben. Eine Kammer hat hier keine Regelungskompetenz!
- Zwingend nötig ist die Verbesserung der Finanzausstattung der Krankenhäuser sowie die Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung in der Altenpflege, damit Tarifabschlüsse bezahlt, Pflegekräfte angemessen vergütet und die Arbeitsbedingungen verbessert werden können.  
Die Entscheidungen hierfür treffen kann alleine die Politik. Eine Kammer hat hier keine Regelungskompetenz.

Wir fordern dazu auf, die Berufsverbände und die Gewerkschaft ver.di zu stärken, um gemeinsam die Rahmenbedingungen durch Druck auf die Politik zu verbessern.

Eine Zwangsmitgliedschaft in einer Pflegekammer wird nicht dazu führen, dass die Pflegeberufe „mit einer Stimme sprechen“.

Eine Spaltung der in der Pflege Tätigen (Fach- und Hilfskräfte) wird die Situation noch verschärfen.

In Bayern hat die Staatsministerin zwischenzeitlich einen „Pflegring“ als Alternative zur „Pflegekammer“ vorgeschlagen:

<http://bayern.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++14fa7bbc-df98-11e4-bd3b-525400248a66>

Dabei wären die Verbände der Pflegekräfte Mitglieder und nicht die Pflegekräfte selbst. ver.di begrüßt diese Alternative zur Pflegekammer, als AGMAV schließen wir uns dieser Position an.

Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen!

Gute Pflege braucht bessere Bezahlung!

Die Pflegeberufe müssen aufgewertet werden!

Pflegekräfte müssen sich (gewerkschaftlich) organisieren!

**Aber: Pflegekammern lösen das Problem der Pflege nicht!**